

# Libérale Freiheit und das Sicherheitsdispositiv.

## Der Beitrag von Michel Foucault

---

ALEX DEMIROVIĆ

Der Krieg gegen den Terror hat in der politischen Diskussion das Problem des Verhältnisses von Freiheit und Sicherheit in Erinnerung gerufen, das für das neuzeitliche politische Denken konstitutiv ist. Zwischen beiden Normen scheint es sich um einen Konflikt zwischen zwei gegenläufigen Zielen zu handeln. Die nach dem ›Ende der Geschichte‹ endgültig erlangte Freiheit der freien Gesellschaften scheint es denjenigen, die deren Leben stören, vielleicht sogar zerstören wollen, ungemein zu erleichtern, dieses Ziel verfolgen zu können. Hingewiesen wird darauf, dass die relative Offenheit der Grenzen, die Freizügigkeit der westlichen Lebensweise, die hohe Empfindlichkeit technischer Infrastrukturen es denjenigen, die es darauf anlegen, erleichtern, enormen Schaden anzurichten. Anschläge in New York, London oder Madrid sind Belege dafür. Um Sicherheit herzustellen, werden die Einreisekontrollen an den Grenzen und die Gepäckkontrollen auf den Flughäfen verschärft – zu Lasten von Freiheit. Der Fluggast wird wegen der Einschränkungen um Verzeihung gebeten: hier Sorge die Europäische Union auch für seine Sicherheit. Sicherheit, so formuliert die deutsche Gewerkschaft der Polizei, sei kostbar.

Die Gefahrenabwehr greift weit hinein ins Vorfeld jeder nur denkbaren Gefahr, indem öffentliche Plätze, Straßen und Verkehrsmittel überwacht werden. Die Schweizer Bundesbahnen, die ihre großen Bahnhöfe mit Dutzenden Kameras überwachen lassen, erklären »Sicherheit zum obersten Gebot«. Es gibt andere, alltägliche Erfahrungen, die gleichfalls diesen Zielkonflikt nahe legen. Während die Freiheit des automobilten Verkehrs seinen Preis in einer hohen Zahl von Toten und Verletzten hat, wird die Sicherheit, die sich aus Geschwindigkeitsbegrenzungen ergibt, von vielen als Einschränkung der Freiheit der Bürger angesehen. Es kommt zur Regulierung der Individuen im Raum und – wie im Fall der Zoneneinteilung in Fußballstadien – zur Lenkung ihrer physikalischen Bewegungsabläufe. Aus dem Blickwinkel der Sicherheit erscheint Freiheit mit dem Zufall, dem Risiko,

der Gefahr, dem unverständlichen Einbruch des Schicksals in die Routinen des Alltags verbunden zu sein. Der Freiheit muss Grenzen gezogen werden; innerhalb dieser Grenzen dürfen Menschen alles tun, was den anderen nicht schadet. Doch wo genau der Grenzverlauf ist, ist strittig: beim aktiven oder schon beim passiven Rauchen, beim Autofahren mit hoher Geschwindigkeit, bei einer Demonstration, deren Ziele und Teilnehmer die Freiheit anderer (unmittelbar den städtischen Verkehr, das Treffen der Wirtschaftsführer, den Meinungsaustausch der Politiker) eingrenzt, bei abweichendem und kriminellen Verhalten? Freiheit bringt das Verlangen nach Sicherheit mit sich.

## 1. Das liberale Dilemma

Sicherheit stelle, so Loïc Wacquant, im politischen Diskurs eine neue Figur dar und stifte in vielen europäischen Ländern einen Konsens zwischen der reaktionärsten Rechten und der regierenden Linken.<sup>1</sup> Der Diskurs über Sicherheit habe eine neue Dynamik angenommen. Er begnüge sich nicht mehr damit, die Bedrohung, die plötzliche Zunahme und die Gefährlichkeit der Stadt zu beschwören, sondern sei insofern originell, als er sich auf zwei mächtige Symbole stütze, die ›Wissenschaft‹ und die ›Vereinigten Staaten‹. Damit spricht Wacquant die vermeintlich wissenschaftlich abgesicherte Ansicht an, dass in den USA eine extrem hohe Kriminalitätsrate bestanden habe, bevor aufgrund einer von der Stadt New York verfolgten beispielhaften neuen Polizeistrategie die Zahl der Delikte deutlich gesenkt werden konnte. Auf der Grundlage dieser Behauptungen konnte New York zum Paradigma des polizeilichen Sicherheitsverständnisses auch für europäische Städte werden, von denen befürchtet wird, dass ihre Kriminalitätsentwicklung die der USA überholen könnte.

Wacquant zeigt, sich auf offizielle und international vergleichende Statistiken stützend, dass die USA ganz gewöhnliche Kriminalitätsraten haben. Ein Viktimisierungsindex, der elf Typen von Vergehen kombiniert, lässt erkennen, dass die USA Ländern wie Niederlanden, England, Schweiz oder Frankreich vergleichbar sind. In den europäischen Ländern gibt es keineswegs eine Tendenz der Gewaltkriminalität, sich dem vermeintlichen Muster der USA anzunähern, vielmehr ist sie rückläufig. In Frankreich sind etwa zwei Prozent der Bevölkerung von ihr betroffen. Sie konzentriert sich vor allem auf Jugendliche aus Arbeiterfamilien an der Peripherie der großen Städte; bei der Hälfte der erfassten Gewalttätigkeiten handelt es sich um Verbalattacken. Die Behauptung, eine energische und innovative Sicherheitsstrategie der New Yorker Polizei, nämlich keinerlei Toleranz gegenüber

---

1 | Vgl. Loïc Wacquant: »Die Wissenschaftsmythen des einheitlichen Sicherheitsdiskurses«, in: Uwe Bittlingmayer/Ulrich Bauer (Hg.), Die ›Wissengesellschaft‹. Mythen, Ideologie oder Realität?, Wiesbaden: VS 2006, S. 615-633, hier S. 617.

auch den kleinsten Delikten und Unordnungen in den Stadtteilen zu üben, habe eine Senkung der Kriminalität bewirkt, verweist Wacquant in den Bereich des Mythos. Die Zahl der Tötungsdelikte sei in New York schon seit 1979 rückläufig, Tötungsdelikte durch Kugeln seit 1990; auch in anderen Städten der USA, in denen die neue Polizeistrategie nicht verfolgt worden sei, konnte ein Rückgang der Gewaltkriminalität festgestellt werden. Wacquant nennt eine Reihe von Faktoren, die für diese positive Entwicklung ursächlich sind: das wirtschaftliche Wachstum, das mehrere Millionen junger Leute in den formellen Arbeitsmarkt integrierte; eine Veränderung des Drogenhandels und Lerneffekte in der Szene der Drogenhändler selbst, die sich um Waffenstillstands- und Friedensverträge untereinander bemühten; eine demographische Verringerung der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen – und genauer hätte wohl gesagt werden müssen: der jungen Männer dieser Altersgruppe; Präventionskampagnen, die von Organisationen und Bewohnern in den marginalisierten Zonen der amerikanischen Städte getragen wurden.

Wacquant erklärt die politische Inszenierung von Sicherheit damit, dass Politiker zu einem Zeitpunkt Handlungsfähigkeit des Staates demonstrieren wollen, zu dem sie die Dogmen des Neoliberalismus übernommen haben, und seine Ohnmacht in ökonomischer und sozialer Hinsicht predigen. Während die Unsicherheit auf den Straßen skandalisiert werde, um mit neuen Strategien Sicherheit zu schaffen, werde gleichzeitig soziale Unsicherheit normalisiert – bei prekären Arbeitsverhältnissen, Ausbildungsplätzen, Arbeitslosenhilfe oder Altersvorsorge. Zu Recht beobachtet Wacquant diese Verschiebung, die soziale Sicherheit allmählich durch ein polizeiliches Verständnis von Sicherheit ersetzt. Doch seine ideologiekritische Perspektive verhindert, dass er die Frage danach stellt, wieso eine angeblich zunehmende Unsicherheit behauptet werden kann, obwohl sich statistisch doch offensichtlich der Gegenbeweis leicht antreten lässt; er wirft also nicht das Problem des Wahr-Sagens im Bereich des Sicherheitsdiskurses auf. Zudem diskutiert er nicht die Ambivalenz des Sicherheitsdiskurses, der für diejenigen, die zu seinem Objekt werden – und dies sind in verschiedenen Graden und Formen alle –, eine Reihe von Verhältnissen der Unsicherheit zur Folge hat: Beobachtung und Überwachung, Zuschreibung von Delinquenz und entsprechende Biographiekonstruktionen, Reise- und Aufenthaltsverbote, Meldepflichten, häufigere und härtere Haftstrafen, härtere Strafen auch bei Bagatelldelikten, präventive Inhaftnahme, größere Häufigkeit von entrechtenden Sicherheitsverwahrungen, Abschiebung von Straftatern und ihren Familienangehörigen mit Migrationshintergrund.

Sicherheit setzt eine neue Dynamik in Gang. Zwischen 1852 und 1965 wurden in Kalifornien zwölf Gefängnisse gebaut; aufgrund des sich seit den 1980er Jahren entwickelnden ›Gefängnis-industriellen Komplexes‹ gab es zu Beginn des neuen Jahrtausends 33 Gefängnisse, 38 Lager, sechzehn Gemeindestrafanstalten und fünf Einrichtungen für inhaftierte Mütter. Es entstand ein »massives System der Einkerkering«: etwa 158.000 Menschen befanden

sich 2002 in Haft, davon waren knapp 30 Prozent Weiße, die anderen Latinos und Afroamerikaner, die gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil also deutlich überrepräsentiert waren.<sup>2</sup> Die Einkerkерungsrate schwarzer US-Amerikaner war achtmal höher als der US-amerikanische und zwanzig Mal höher als der Durchschnitt größerer Länder Westeuropas. Auch in Europa hat die Zahl der Eingesperrten seit den 1980er Jahren mit Raten von 30 bis 50 Prozent zugenommen; vor allem Migranten sind davon betroffen.<sup>3</sup> Mit der Zahl der Gefängnisse stieg die Zahl der Gefangenen, ohne dass sich an den offiziellen Kriminalitätsraten etwas änderte.<sup>4</sup>

Die Herstellung von Sicherheit erzeugt Unsicherheit. Nicht nur für diejenigen, die dem Einkerkерungssystem unterworfen sind, sondern auch für diejenigen, zu deren Schutz es vermeintlich eingerichtet wird. »Der Fortbestand der Kriminalität ist keineswegs ein Misserfolg des Gefängnisystems, sondern im Gegenteil die objektive Rechtfertigung seiner Existenz.«<sup>5</sup> Michel Foucault weist darauf hin, dass die Produktion von Kriminellen sich mit einem ökonomischen und politischen Nutzen verbindet: a) Kriminalität ist ein Element der Kultur der Angst: je mehr Kriminelle, desto mehr Verbrechen, desto größer die Angst in der Bevölkerung, desto akzeptabler das System polizeilicher Kontrolle. b) Kriminalität ist ein lukrativer Geschäftszweig: Prostitution, Frauen-, Waffen-, Drogenhandel. c) Kriminalität hat eine politische Bedeutung durch das Brechen von Streiks, die Infiltration von Gewerkschaften, den Personenschutz von Führern politischer Parteien, die Kontrolle und die Sabotage von revolutionären Bewegungen.

Foucault lehnt die Mystifizierung der Resozialisierung ebenso ab wie die romantische Verklärung von Straftätern und Irren. »Das kapitalistische System gibt vor, die Kriminalität zu bekämpfen, sie mit Hilfe jenes Gefängnisystems zu beseitigen, das die Kriminalität doch gerade erst hervorbringt. [...] Ich sage, der vom Gefängnis produzierte Kriminelle ist ein nützlicher Krimineller, nützlich für das System. Denn er ist manipulierbar; man kann ihn immer zum Singen bringen. Er ist ständig einem wirtschaftlichen und politischen Druck ausgesetzt. Jeder weiß, dass Straftäter sich am besten für die Organisation der Prostitution eignen. Sie werden Zuhälter. Sie machen sich zu Handlangern zweifelhafter, faschistischer Politiker.«<sup>6</sup> Die Politik der Sicherheit erzeugt Unsicherheit. Diese ist nicht einfach nur eine nicht-intendierte Folge, vielmehr verbinden sich mit dieser Unsicherheit politische und ökonomische

2 | Angela Davis: *Eine Gesellschaft ohne Gefängnisse? Der gefängnisindustrielle Komplex der USA*, Berlin: Schwarzerfreitag Publishing 2004, S. 15-17.

3 | Vgl. Loïc Wacquant: »Bestrafung, Entpolitisierung, rassistische Einordnung. Die Inhaftierung von Immigrantinnen in der EU«, in: PROKLA 143 (2006), S. 203-222, hier S. 203-205.

4 | Vgl. A. Davis: *Gesellschaft ohne Gefängnisse*, S. 15.

5 | Michel Foucault: »Folter ist Vernunft«, in: S III, 505-514, hier 509.

6 | Ebd., 508. Vgl. auch Michel Foucault: »Die Maschen der Macht«, in: S IV, 238f.

misches Interesse. Ihnen entspricht, dass mit Moralisierungskampagnen, mit Hinweisen auf das Versagen der Polizei, mit Statistiken, täglichen Meldungen über Verbrechen, mit der Initiierung von Krawallen oder gar Anschlägen ein autoritär-populistisches Klima der Unsicherheit, ein Gefühl der Bedrohung, eine Stimmung der Angst erzeugt wird, die es in der Folge erlauben, nach harten Maßnahmen, nach Sicherheit zu rufen und sie als Prinzip einer Politik des Regierens vielleicht nicht ausschließlich, aber doch auch mit dem Kriegs- und Ausnahmezustand durchzusetzen.

Insbesondere der Terrorismus scheint der Bereich zu sein, der Gelegenheit dazu gibt, die Sicherheit über die Gesetze zu stellen.<sup>7</sup> Foucault zufolge biete der Staat der Bevölkerung einen Sicherheitsvertrag an, der ihr ein friedliches Leben innerhalb der von ihm geschützten Grenzen garantiere. Deren Sicherung sei seine Hauptaufgabe gewesen. Demgegenüber verspreche der Wohlfahrtsstaat Sicherheit in einem breiten Sinn: vor Unsicherheiten, Unfällen, Schäden, Risiken, Arbeitslosigkeit. Die Menschen akzeptierten diese immer sich weiter entwickelnde, fürsorgende Macht, die Steuern, die Hierarchie, den Gehorsam, weil der Staat sie schütze. Doch darin ist mehr enthalten. Indem der Staat ihnen Sicherheit gewährt, integriert er sie durch Abhängigmachen, er gibt aber auch Unabhängigkeit, also ein Moment von Freiheit.<sup>8</sup> Der Terrorismus bedroht diesen grundlegenden Sicherheitsvertrag. »Ein Staat, der Sicherheit schlechthin garantiert, muss immer dann eingreifen, wenn der normale Gang des alltäglichen Lebens durch ein außergewöhnliches, einzigartiges Ereignis unterbrochen wird. Dann reicht das Recht nicht mehr aus; Eingriffe werden erforderlich, die trotz ihres außerordentlichen, außergesetzlichen Charakters dennoch nicht als Willkür oder Machtmissbrauch erscheinen dürfen, sondern als Ausdruck von Fürsorge.«<sup>9</sup>

Foucault legt mit den angeführten Überlegungen nahe, dass es zu einer

---

**7 |** Vgl. Michel Foucault: »Von nun an steht die Sicherheit über den Gesetzen«, in: S III, 474-477, hier 476.

**8 |** Vgl. Michel Foucault: »Ein endliches System angesichts einer unendlichen Nachfrage«, in: S IV, 440-461, hier 442f.

**9 |** Michel Foucault: »Michel Foucault: die Sicherheit und der Staat«, in: S III, 495-502, hier 498. Es handelt sich hier nicht um eine lange vergangene Geschichte. Der Krieg gegen den Terror ist nicht nur eine Metapher, sondern der rechtlich verbindlich erklärte Verteidigungszustand der Nato. Angesichts der Unruhen in den Vorstädten wurde in Frankreich für mehrere Monate der Belagerungszustand verhängt. Der deutsche Verteidigungsminister Franz Josef Jung verfolgt wie seine Amtsvorgänger seit Jahren das Ziel, die Bundeswehr mit dem Recht auszustatten, von Terroristen entführte Flugzeuge abzuschießen, also von Staats wegen unschuldige Menschen vorsätzlich zu töten, um andere zu schützen – dieser Rückgriff auf den übergesetzlichen Notstand und offenkundige Bruch mit unverfügbaren Menschenrechten und Verfassungsprinzipien, wonach die körperliche Integrität und Würde der Individuen nicht zur Disposition staatlichen Handelns steht, wird mit Rückgriff auf eine den Staat selbst bedrohende Gefahr gerechtfertigt.

Durchsetzung des Sicherheitsprinzips und -vertrags kommt, die totalitäre Tendenzen begünstigt. Die Sicherheit werde akzeptiert, weil sie trotz aller Zwänge ein Moment von Freiheit und Unabhängigkeit garantiere. Damit knüpft er kritisch an eine lange Tradition der Selbstbegründungsdiskurse der Souveränitätsmacht an. Hobbes, Montesquieu oder Bentham halten die Sicherheit, die der Staat gewährt, für die Voraussetzung der Freiheit oder halten sie für identisch mit ihr. In den Genuss der eigenen Freiheit gelangt man nur, wenn man vor den Freiheiten anderer geschützt ist. Nur auf der Grundlage von staatlich garantierter Ordnung und Sicherheit soll Freiheit möglich sein; die Freiheit besteht in der Sicherheit. Wären die einzelnen Menschen voll und uneingeschränkt frei, so herrschte ständig Krieg zwischen jedem und seinen Nachbarn, der Sohn könne kein Erbe vom Vater erwarten, und es gäbe »kein Eigentum an Fahrnis und Boden und keine Sicherheit«<sup>10</sup>. Die Freiheit der Untertanen sei daher auf die Dinge beschränkt, die der Souverän bei der Regelung ihrer Handlungen freigestellt habe. Freiheit, so die paradoxe Auflösung, muss durch Sicherheit eingeschränkt werden, andernfalls würde sie sich selbst zerstören. Nur in einem Zustand begrenzter Freiheit gelangen Menschen in ihren Genuss.

Von der Sicherheit her hat sich, so lehrt die politische Theorie, die moderne europäische Staatlichkeit entwickelt. Ein Modell dafür bieten die evolutionssoziologischen Überlegungen an, wie sie Jürgen Habermas im Anschluss an den englischen Soziologen T.H. Marshall zur Entwicklung des modernen Rechtsstaats in Europa angestellt hat. Die erste Stufe von bislang insgesamt vier Verrechtlichungsschüben stellt der bürgerliche Staat als solcher dar. Er bildet die politische Ordnung, die »Freiheit und Eigentum der Privatperson, Rechtssicherheit und formelle Gleichheit aller Rechtspersonen vor dem Gesetz«<sup>11</sup> gewährleistet. Dazu wird durch das öffentliche Recht eine über das Gewaltmonopol verfügende souveräne Staatsgewalt als einzige Quelle legaler Herrschaft autorisiert. Auf dieser Grundlage können dann weitere evolutionäre Verrechtlichungsschübe stattfinden, so dass sich in einem zweiten Schub der Rechtsstaat bildet, der den Bürgern als Privatleuten einklagbare subjektiv-öffentliche Rechte gegenüber einem Souverän gewährt, an dessen Entscheidungen sie jedoch noch nicht teilhaben. Eine solche Beteiligung wird erst mit dem dritten Evolutionsschub zum demokratischen Rechtsstaat ermöglicht: die Gesetzgebung wird nun an die parlamentarische Willensbildung und öffentliche Diskussion gebunden. Auf der vierten Stufe komme es schließlich zum sozialen und demokratischen Rechtsstaat, durch den die in die Klassenstruktur moderner Gesellschaften eingelassene Gewalt konstitutionalisiert und die Arbeitswelt verrechtlicht werde.<sup>12</sup>

**10** | Thomas Hobbes: *Leviathan*, Darmstadt, Neuwied: Luchterhand 1966, S. 166.

**11** | Jürgen Habermas: *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bde., Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1981, Bd. 2, S. 525.

**12** | Ebd., S. 530.

Auch wenn also in diesem Modell der Entwicklung des modernen Rechtsstaats Souveränität und Sicherheit allmählich in den Hintergrund treten und sich zunehmend Freiheit in den Vordergrund schiebt, bleiben sie gleichwohl die Grundlage der weiteren evolutionären Entwicklung, die sich davon nicht ablöst. Marx kommt deswegen in seiner Analyse der wohl radikalsten Verfassung in der Periode der Französischen Revolution, der Verfassung von 1793, zu der kritischen Einschätzung, dass in der modernen bürgerlichen Gesellschaft die Sicherheit vor der Freiheit den Vorrang habe. In Artikel 8 dieser Verfassung heißt es: »Die Sicherheit besteht in dem Schutz, den die Gesellschaft jedem ihrer Mitglieder gewährt für die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigentums«. Mit diesem Artikel werde die Sicherheit, die Polizei als der »höchste soziale Begriff der bürgerlichen Gesellschaft« gesetzt, da »die ganze Gesellschaft nur da ist, um jedem ihrer Glieder die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigentums zu garantieren«.<sup>13</sup> Sicherheit wird zum umfassenden Dach aller Rechte, auch der Freiheit. Bei allen Entwicklungen der Freiheit bleibt, so lassen sich diese Überlegungen verstehen, die Sicherheit konstitutiv für die moderne Politik. Eher als die Freiheit wird die Sicherheit zur Geltung gebracht und der Ausnahmezustand behauptet.

Diese skizzierten Entwicklungslinien der modernen bürgerlichen Gesellschaft und des Staates, wonach sich vielleicht immer mehr und einmal endgültig die Sicherheit als allgemeines Prinzip des Regierens durchsetzt und die Freiheit in den Hintergrund drängt, oder wonach die Freiheit zwar ihren rechtlichen Spielraum vergrößern kann, aber immer der Sicherheit untergeordnet bleibt, sind keineswegs eindeutig. Im Liberalismus gab es seit John Locke immer auch eine Tendenz, die der Freiheit den Vorrang vor der Sicherheit gab: »Wer im Naturzustand jemanden der Freiheit berauben will, die in diesem Zustand jedermann zu eigen ist, von dem muß man zwangsläufig erwarten, daß er ihm auch alles übrige zu nehmen gesonnen ist, da diese Freiheit die Grundlage alles anderen ist.«<sup>14</sup> Es handelt sich dabei um Gegenkräfte, die auf die Gefahr, die Grenzen könnten zu eng gezogen werden, hinweisen. Der Rechtsstaat würde zu Tode geschützt, aus freien Gesellschaften würden Sicherheitsgesellschaften. Dies könne niemanden mehr überzeugen; am Ende würden die Terroristen bestätigt. »Wer zuerst etwas anderes will [gemeint ist Sicherheit; AD], um dann zur Freiheit zu kommen, hat die Freiheit zum Luxusgut erklärt und wird sie vermutlich nie erreichen.«<sup>15</sup> Es handelt sich dabei nicht um die Meinung von einzelnen, sondern dem entspricht ein ganzes, der Zivilgesellschaft zuzurechnendes Dispositiv: ParlamentarierInnen, Bür-

**13** | Karl Marx: »Zur Judenfrage«, in: Marx-Engels-Werke, Berlin: Dietz 1972, Bd. 1, S. 347-372, hier S. 365f.

**14** | John Locke: »Abhandlung über den Staat«, in: Ders., Bürgerliche Gesellschaft und Staatsgewalt. Sozialphilosophische Schriften, hg. von Hermann Klenner, Berlin: das europäische buch 1986, S. 96-268, hier S. 109.

**15** | Ralf Dahrendorf: »Bewegungsfreiheit. Anmerkungen zur Diskussion über Freiheit und Sicherheit«, in: Neue Zürcher Zeitung vom 18./19. August 2007, S. 45.

gerrechtlerInnen und ihre Organisationen, JournalistInnen, JuristInnen und ihre Vereinigungen, Rechtsprechung, DatenschützerInnen, Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften.

Trotz ihrer historisch engen Verbundenheit scheinen Sicherheit und Freiheit einander entgegenzustehen: sie beide haben zu wollen, scheint einen Zielkonflikt zu erzeugen. Dies jedenfalls suggeriert die gegenwärtige Rhetorik des Gleichgewichts von Sicherheit und Freiheit, die verspricht, die Balance zu suchen, womit sie gleichzeitig nahelegt, dass alle Versuche unvollkommen bleiben und sowohl die Freiheit als auch die Sicherheit jeweils verfehlt werden. Es entspricht dem liberalen Weltbild, dass ein Kompromiss gesucht werden muss, der selbst immer unvollkommen bleiben wird. Der Liberalismus schwankt auf der Kompromisslinie selbst. Soll er sagen: Soviel Freiheit wie möglich, soviel Sicherheit wie nötig, oder umgekehrt: Soviel Sicherheit wie möglich, soviel Freiheit wie nötig? Die moderne bürgerliche Welt ist hin und her gerissen zwischen ihren widersprüchlichen Bedürfnissen nach der Sicherheit, die die Normalität, die Kalkulierbarkeit der Ereignisse, die die Kontrolle, die genaue rechtliche und polizeiliche Überwachung gewährt – und denen nach der Freiheit, die etwas von der Grenzüberschreitung hat, vom existentiellen Abenteuer menschenleerer Strände, nie zuvor gesehener Wüsten und nie betretener Wälder, Gefahren des Krieges und extremer Sportarten oder irrationaler Märkte. Es kommt zu einer elliptischen Bewegung zwischen einerseits der institutionalisierten Sicherheit und dem Begehren nach Sicherheit, das die Gestalt autoritärer Sicherheitspraktiken annimmt, und andererseits zu den Subversionen der pfahlbürgerlichen Horizonte, den Provokationen eingespielter Gewohnheiten, den spielerischen Aufmüpfigkeiten. Zwischen diesen Polen bewegt sich das Spiel von Institutionalisierung, Kristallisierung, Verdinglichung oder Lockerung, Subversion, Verflüssigung.

## 2. Sicherheit als normalisierendes Machtdispositiv

Im Folgenden soll die These vertreten werden, dass Foucaults Analysen sich in einem anderen Register vollziehen und die Frage nach dem historischen Apriori dieser polaren Anordnung von Sicherheit und Freiheit aufwerfen, danach, ob es sich wirklich um Pole handelt. »Erste Frage, zweifellos: Was mag man unter ›Sicherheit‹ verstehen?« (GG I, 17). Mit dieser ersten Frage beginnt Foucaults Vorlesung im Januar 1978 am Collège de France. Diese Frage scheint sich ihm aus den oben schon angesprochenen Beobachtungen zu ergeben, denen zufolge staatliche Politik in Formen der Ausnahmepraxis übergehen würde. Seit einem Jahrzehnt stellten sich die Fragen nach dem Recht und der Praxis der Strafe in Begriffen der Sicherheit (GG I, 24). Die Vorlesung steht unter dem Titel *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, und Foucault bekundet die Absicht, mit ihr eine »Geschichte der Sicherheitstechnologie« vorzulegen und zu prüfen, ob es unter dem Namen »Sicherheitsgesellschaft tatsächlich eine Gesamtökonomie der Macht gibt, welche



die Form der Sicherheitstechnologie hat oder jedenfalls von ihr dominiert wird« (GG I, 26). Ausdrücklich wird die Frage der Sicherheit nur in den ersten drei Sitzungen dieser Vorlesungsreihe verfolgt, um dann im Weiteren dem Problem der Regierung oder Gouvernamentalität Platz zu machen. Foucault betont, dass er der Vorlesung lieber einen anderen Titel gegeben hätte. »Was ich jetzt tun würde, wenn ich es wirklich tun wollte, das wäre etwas, das ich eine Geschichte der ›Gouvernamentalität‹ nennen würde.« (GG I, 162) Die Gouvernamentalität habe die Bevölkerung zur Hauptzielscheibe, ihre wesentlichen Mechanismen seien die Sicherheitsdispositive. Er verzichtet also auch bei seinen weiteren Ausführungen nicht völlig auf die Frage nach der Sicherheit, aber er rückt offensichtlich von der Vorstellung ab, er könnte mit diesem Begriff so etwas wie eine Gesamtwirtschaft der Macht in den Blick nehmen.

Foucault stellt die Sicherheit als eine weitere Machttechnologie neben die Souveränitäts- und die Disziplinarmacht, er rückt sie also durch eine begriffliche Entscheidung aus dem Kontext des Gesetzes und des staatlichen Zwangs ebenso wie aus der politischen Anatomie der Körper heraus. Das Gesetz operiert auf der Grundlage des Verbots. Rechtlich kodierter Zwang stellt ein Konditionalprogramm dar: Immer dann, aber eben nur dann, wenn ein Tatbestand eintritt, muss gegenüber dem Täter eine von vornherein festgelegte Sanktion verhängt werden – die juristische Macht, welche die Individuen individualisiert, ihnen einen Willen auferlegt und von ihnen verlangt, autonom, verantwortlich und frei zu sein, darf also auf das Verhalten der Individuen nicht direkt positiv lenkend einwirken. Die Freiheitssphäre der Individuen wird negativ abgegrenzt. Der Staat schützt sie vor Übergriffen anderer und darf auch seinerseits in diese Freiheitssphäre nicht eingreifen. Eine solche Vorstellung von der Ausübung der Macht sei in mehrfacher Hinsicht unzulänglich. Nicht nur entgleite die wirkliche Macht den Regeln des Rechts, sondern das System des Rechts könne gerade als die Art und Weise begriffen werden, in der sich die Ausübung der Gewalt vollzieht. Foucault radikalisiert auch diese Kritik an staatlicher Machtausübung noch einmal, weil sie immer noch von dem Postulat geprägt sei, die Macht müsse dem Recht entsprechen. Eine solche Konzeption der Macht sei immer noch im Bann der Monarchie verblieben. Es hätten sich neue Verfahren der Macht entwickelt, die nicht mit dem an der Abschöpfung und dem Tod orientierten Recht arbeiten, sondern mit der Technik, nicht mit dem Gesetz und Verbot, sondern mit der Normalisierung, nicht mit der Strafe, sondern mit der Kontrolle, die weit über den Staat hinausgeht (vgl. SW I, 109).

Die Disziplin ist also gekennzeichnet durch Technik, Normalisierung und vorstaatliche Praktiken. Techniken der Disziplin sind die Einteilung und Strukturierung der Räume, in denen sich Individuen bewegen, die Rhythmisierung der Zeit, die Kontrolle und Lenkung der Handlungsabfolgen, die Dressur der Körper, ihre Zusammenschaltung und die Steigerung ihres Nutzens. Normalisierung meint, dass die Disziplin sich auf mikrophysikalische Strafmechanismen stützt, also eine Mikro-Justiz der Zeit (Verspätungen), der

Tätigkeit (Unaufmerksamkeiten), des Körpers (falsche Gesten oder Körperhaltungen), der Sexualität – »strafbar ist alles, was nicht konform ist« (ÜS, 231). Diese Mikro-Justiz vollzieht eine Differenzierung der Individuen und teilt sie in gute und schlechte Subjekte ein; sie werden nach Rängen angeordnet, ihre Qualitäten und Kompetenzen hierarchisiert. Damit lässt sich beurteilen, in welcher Weise von ihnen Gebrauch gemacht werden kann; zudem wird ein ständiger Druck auf sie ausgeübt, dass sie sich alle demselben Muster unterwerfen und diesem Maßstab entsprechen. Gleich, ob dieses Muster als Mindestmaß, als Durchschnitt oder optimaler Annäherungswert dargestellt wird, es zwingt zur Konformität, indem es »normend, normierend und normalisierend« wirkt. Es etabliert in den Schulen, in der Medizin das Normale. Die Normalisierungsmacht zwingt gleichzeitig zur Homogenität und zur Individualisierung, sie fasst also zu einer Vielheit zusammen, in der die Individuen homogenisiert, differenziert und individualisiert werden; sie werden zu »Fällen« objektiviert, die registriert, beschrieben, aufgelistet, tabellarisch erfasst, archiviert, deren Niveau und Abstände gemessen werden können.

Foucault vertritt die Ansicht, dass dem klassischen Zeitalter dasjenige der Normalisierung folge. Die Normalisierung ist eine umfassende Machttechnologie, die in vielen gesellschaftlichen Bereichen Verwendung findet: also in Krankenhäusern und Fabriken ebenso wie im Militär und in den Schulen. Die Antwort, die Foucault auf die von ihm selbst aufgeworfene Frage gibt, ob es sich bei der Normalisierung und dem Konformismus um das neue Gesetz der modernen Gesellschaft handle, schwankt. Er spricht von der Disziplinargesellschaft, von der panoptischen Gesellschaft, von einem Kerker-Archipel, das die Fabriken, die Schulen, die Kasernen den Gefängnissen angleicht. Doch er antwortet auch vorsichtiger, »dass seit dem 18. Jahrhundert die Macht der Norm zu anderen Mächten hinzutritt und neue Grenzziehungen erzwingt: zur Macht des Gesetzes, zur Macht des Wortes und des Textes, zur Macht der Tradition« (ÜS, 237). Die Disziplin ergänzt die juridische Macht des Souveräns. Foucault grenzt die Disziplinarmacht von der Souveränitätsmacht ab, doch die Differenz bleibt noch unscharf: die Disziplin ist eine produktive Macht, die Wirkliches hervorbringt (ÜS, 250). Allerdings ist den Überlegungen Foucaults zufolge auch die repressive Macht produktiv<sup>16</sup>; und die Disziplinarmacht ist als Disziplinarzwang und -gewalt gleichzeitig auch eine Macht des Verbotes. Dieser Zwang wird in vielen gesellschaftlichen Bereichen ausgeübt: er zielt auf den konstitutiven Vorgang, in dem eine homogene Vielfalt geschaffen und eine Individualisierung vollzogen wird. Indem das Individuum als beschreib-

---

**16 |** Das mag zunächst überraschend klingen, da Foucault am Modell der Souveränitätsmacht immer wieder kritisiert, dass es die Macht nur negativ, nur als Verbot, Repression oder Abschöpfung bestimmen kann. Demgegenüber zeigt er in *Der Wille zum Wissen*, wie die Diskurse und Mechanismen des Verbots durch Beobachtung, Erfassung, Klassifizierung das Quasi-Objekt der Sexualität erzeugen. Die der Souveränitätsmacht eigenen Begriffe sind nicht tauglich, um ihre Ökonomie zu begreifen.

barer und analysierbarer Gegenstand erzeugt wird, als Fall, als Exemplar, entsteht aber auch ein Vergleichssystem, das globale Phänomene misst, Gruppen beschreibt, kollektive Tatbestände charakterisiert und ihre Verteilung in einer Bevölkerung erlaubt (ÜS, 245). Solche Überlegungen machen deutlich, dass die Machttechnologie der Disziplin nicht nur mikrophysikalisch auf der Ebene der Details von Körpern, Verhaltensweisen oder Gesten operiert, sondern immer auch auf den kollektiven Konformismus, den umfassenden Normalzustand einer Bevölkerung zielt.

Die Rechtsmacht verbietet, sie straft, sie schöpft ab, indem sie wegnimmt oder den Tod verfügt. Sie kümmert sich nicht um das Individuum, es sei denn negativ durch die Abgrenzung von individuellen Freiheitssphären. Die Disziplin operiert anders. Ihre politische Anatomie des Details macht das Individuum zum Gegenstand einer positiv wirkenden Praxis, indem sie dem individuellen Körper Vorschriften macht, ihn einübt, überwacht und lenkt. Sie normalisiert. Normalisierung meint ein Kalkül und eine Strategie, die die Individuen an ein Muster anpassen. Es wird also damit gerechnet, dass die Verhalten der Individuen der Norm nicht entsprechen, sondern einer solchen Idealität durch eine Vielzahl von Maßnahmen entsprechend ›gemacht‹ werden müssen. Diese Norm kann ein Minimum, ein Optimum oder einen Durchschnitt darstellen. Soll sie aber praktikabel sein, also durch Disziplin von vielen Individuen eingeübt werden können, muss bei der Festlegung der Norm ein Vergleich der Individuen vorgenommen worden sein, der es erlaubt, als Folie oder Orientierungspunkt zu dienen. Allerdings muss die Disziplin in Rechnung stellen, dass es zu Abweichungen kommt, dass jeder Fall irgendwie anders ist. Deswegen normiert und organisiert sie Praktiken, die normalisieren, also die einzelnen Fälle möglichst eng dem als ideal vorgestellten Muster annähern. Es handelt sich um eine infinitesimale Praxis, die mit Wahrscheinlichkeiten rechnet. Mit der Erfassung, Beobachtung, Übung, Bewertung, Prüfung der Individuen und Archivierung und Tabellierung der Fälle bilden sich numerische Erfahrungswerte, welche die Unterscheidung und Einteilung in Normalitätsklassen erlauben.

Diese Analyse der Disziplinarmacht lässt allerdings ein logisches Problem erkennen, das von der Machttechnologie der Sicherheit bearbeitet wird. Sie geht offenkundig aus der Erfahrung hervor, dass es nicht ausreicht, ergänzend zur Wirklichkeit eine Norm zu errichten, auf die hin die Individuen eingeübt werden. Das Disziplinarregime erweist sich als starr und spröde, es kommt zu Abweichungen, zu Misserfolgen, zu Widerständen, die die rigiden Normen unterlaufen, die sich als Programm und Utopie erweisen, die allenfalls eine unaufhörliche Praxis der Körperkontrolle und -lenkung anleiten können. Die Disziplinarmacht, die sich auf die Körper der Einzelnen richtet, geht eng einher mit einer anderen Macht, die auf solche aggregierten Gruppen von Menschen zielt, die einem bestimmten Konformitätsmuster folgen oder von ihm abweichen und dabei selbst wieder eine Art von beobachtbarer Regelmäßigkeit ausbilden, Regelmäßigkeiten der Bevölkerung. In seinen Analysen der Sicherheit und der gouvernementalen Macht rekonstruiert Foucault den Prozess,

in dem das Wissen erarbeitet wird, das dieser Realität Rechnung trägt und diese Realität selbst zum Ziel einer spezifischen Machttechnologie macht. In diesen Analysen wird neben der Verbotsnorm und der präskriptiven Norm disziplinierender Normalisierung ein dritter Normtyp entwickelt. Foucault diskutiert diese Fragen in *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung* anhand von drei Problemkonstellationen: dem städtischen Raum, dem Ereignis und der Normalisierung.

a) Die Souveränität, die Disziplin und die Sicherheit gliedern als drei verschiedene Machttechnologien den Raum auf jeweils andere Weise. In Begriffen der Souveränität wird der städtische Raum als Zentrum, als Haupt-Stadt, als Mittelpunkt eines geordneten Territoriums gedacht, an dem sich moralische, administrative, ökonomische Funktionen konzentrieren, wo Ideen, Befehle, Waren zirkulieren. Die Disziplin erschließt demgegenüber die Stadt nach innen. Sie arbeitet von einem leeren Raum her, der durch Häuser, Straßen, Querverbindungen gestaltet wird, um Handel, Wohnen, Verkehr sicherzustellen. Schließlich gibt es die Ordnung der Sicherheit. Sie soll die Zirkulation organisieren, die gute Zirkulation maximieren, die schlechte vermindern; vor allem soll sie die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt in die aktuellen Pläne einbeziehen. Die Sicherheit stützt sich auf eine Anzahl von materiellen Gegebenheiten. Diese positiven Elemente sollen maximiert, Risiken und Missstände hingegen vermieden werden. Da dies nie gänzlich gelingt, arbeitet man mit Wahrscheinlichkeiten. Die Sicherheit bearbeitet die Zukunft, rechnet also mit dem Problem des Ereignisses und den unbegrenzten Serien von Ereignissen und von Einheiten (wie Einwohnern oder Häusern). »Der Sicherheitsraum verweist also auf eine Serie möglicher Ereignisse, er verweist auf das Zeitliche und das Aleatorische« (GG I, 40); die Sicherheitsdispositive bearbeiten diesen Zusammenhang, das Milieu, in dem sich Serien von aleatorischen Elementen ereignen. Sie versuchen, eine Bevölkerung zu erreichen, eine Vielheit von Individuen, die nur sind, also als Teil der biologischen Art existieren. Die Sicherheit rechnet mit der Naturalität der Art im Inneren der politischen Künstlichkeit eines Machtverhältnisses. Diesen Aspekt der Sicherheit nennt Foucault Bio-Macht oder Bio-Politik (vgl. GG I, 42). »So müsste man von ›Bio-Politik‹ sprechen, um den Eintritt des Lebens und seiner Mechanismen in den Bereich der bewußten Kalküle und die Verwandlung des Macht-Wissens in einen Transformationsagenten des menschlichen Lebens zu bezeichnen.« (SW I, 170)

b) Foucault diskutiert das Verhältnis der Regierung zum Ereignis am Beispiel des Nahrungsmangels nach einer schlechten Ernte. Mit dem juristischen und dem disziplinarischen Ordnungssystem lässt sich Ereignissen schlecht beikommen. Man kann die Preise des Getreides beschränken, das Horten oder den Export verbieten, die Bauern verpflichten, Getreide anzubauen, die Warenlager kontrollieren, die Händler nötigen, zu verkaufen – aber am Ende treten unerwünschte Effekte ein. Der Anbau lohnt nicht, als Ergebnis einer einmaligen Missernte entsteht durch falsche Maßnahmen eine langfristige Verknappung. Mitte des 18. Jahrhunderts ändern sich die Regierungstechniken.

Eines der Elemente seien die Sicherheitsdispositive (GG I, 58). Es kommt zu einer Veränderung im Verhältnis des Regierens zur Wirklichkeit: Das, was im juristisch-disziplinarischen System durch Verbot oder Vorschrift als das zu Vermeidende galt, wird nun nicht mehr als Übel begriffen. Es wird einfach als Phänomen betrachtet und weder als gut noch als schlecht bewertet. Den Schwankungen von Überfluss und Knappheit wird nicht versucht, mit dem Streben nach Verhinderung oder Untersagung entgegenzuarbeiten. Es wird ein neues Dispositiv durchgesetzt, das an die Wirklichkeit dieser Schwankungen anschließt, sie ausgleicht, bremst, einschränkt: »Anders gesagt, es ist ein Arbeiten im Element dieser Wirklichkeit selbst [...], daß ein Dispositiv installiert wird, [...] das vor allem ein Sicherheitsdispositiv ist.« (GG I, 63) Überlässt man sich der Wirklichkeit der Bewegung der Phänomene, versucht man ihnen also nicht länger Normen aufzuzwingen, wird es künftig keinen Nahrungsmangel mehr geben. Zwar können viele einzelne Individuen an Hunger sterben, doch die Knappheit ist nicht schlimm, sondern wirkt auf die ökonomischen Kreisläufe anregend. Es kommt die Unterscheidung zwischen zwei Phänomenebenen ins Spiel, die Ebene von Regierungshandeln und Bevölkerung sowie die Ebene der Multiplizität der Individuen, die für die Regierung nicht mehr relevant ist. Die Regierung zielt auf das Objekt Bevölkerung; die Bevölkerung wird als neues kollektives Subjekt konstituiert (vgl. GG I, 70).

c) Schließlich geht es um die dem Sicherheitsdispositiv entsprechende Form der Normalisierung. Für die disziplinarische Normalisierung ist die Norm das Grundlegende, von dort her wird das Normale und das Anormale unterschieden. Die Normalisierungspraxis der Sicherheit verfährt anders. Am Beispiel der Pockenimpfung erläutert Foucault, dass die Krankheit nicht mehr als substanzielle Krankheit gefürchtet wird, vielmehr wird sie als eine Verteilung von Fällen in einer Bevölkerung zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort betrachtet. Es lassen sich entsprechende Risikogruppen bilden. Die Risikoberechnungen zeigen, dass die Risiken sich nicht gleichmäßig auf die Individuen verteilen, sondern dass es Differentialrisiken gibt. Das Risiko kann in einem gegebenen Moment oder an einem Ort stark zunehmen oder abnehmen. Die Folge dieser neuen Sicherheitspraxis ist, dass die Gesunden und die Kranken nicht getrennt und von einander isoliert werden, vielmehr werden sie als eine Gesamtheit betrachtet, in der eine bestimmte, normale Zahl von Krankheits- und Todesfällen vorkommen kann, die sich als Koeffizient ausdrücken lässt. Im Vergleich zu einer allgemeinen Normalitätskurve, die Auskunft über den Erfahrungswert einer bestimmten Zahl von Erkrankungen oder Todesfällen und zur Ausbildung von Erwartungen über wahrscheinlich eintretende Werte in der Zukunft beiträgt, lassen sich neben günstigen auch ungünstige Kurvenverläufe unterscheiden, die entsprechende Maßnahmen anstoßen können. Diese bestehen dann weniger darin, eine Krankheit gänzlich verhindern zu wollen, sondern eher darin, den Koeffizienten ihrer Verbreitung zu verringern. Das Sicherheitsdispositiv kehrt das Verhältnis von Norm und Normalität um: zunächst wird mit statistischen Beobachtungen das Normale festgelegt, die Norm wird davon abgeleitet. Die

Normalisierung zielt nicht auf eine Perfektion, die sie nie erreicht; sondern sie rechnet mit der Streuung der Ereignisse, mit den Abweichungen und zielt auf die Herstellung einer günstigen Normalverteilung: eine bestimmte Zahl von Verkehrsunfällen, rechtsradikalen Überfällen, Vergewaltigungen, Expor-ten, Studierenden. Beunruhigung tritt erst ein, wenn die Homöostatik dieser Verteilungen gestört wird und die Werte zu schnell schwanken oder zu weit nach oben oder unten weisen.

Das Sicherheitsdispositiv unterscheidet sich also von der Disziplin in mehreren Hinsichten. a) Die Disziplin schließt ab, sie isoliert; demgegenüber tendiert das Sicherheitsdispositiv dazu, ohne Unterlass neue Elemente zu integrieren, sich auszudehnen und neue Kreisläufe zu organisieren. b) Die Disziplin überlässt die Dinge nicht sich selbst, sogar die kleinsten Verstöße müssen aufgedeckt und unterbunden werden; das Sicherheitsdispositiv stützt sich auf die Kleinigkeiten, die es nicht als gut oder schlecht bewertet, sondern als notwendige und unvermeidliche Vorgänge hinnimmt, auf die man sich stützt, um etwas zu erreichen. c) Die juristische Macht unterscheidet nach Erlaubtem und Verbotenem; die Ordnung ist das, was übrigbleibt, wenn alles Untersagte tatsächlich unterbleibt. Alles, was nicht bestimmt ist, ist erlaubt. Der Disziplinarmechanismus ist nicht negativ, er regelt, was zu tun ist, alles, was unbestimmt ist, ist untersagt. Im Sicherheitsdispositiv geht es weder um das Unterbinden noch um die Vorschrift, vielmehr soll eine Position des Abstands zu den Dingen geschaffen werden, die es ermöglicht, ihren Ereignischarakter zu erfassen, um reale Abläufe steuern zu können. Analysen und Dispositionen im physischen Raum sollen die Elemente der Realität wechselseitig in Gang setzen, um in »der Ordnung der Natur zu handeln« (GG I, 77).

Sicherheit ist für Foucault, wie oben schon erwähnt, kein juristischer Begriff, sondern bezeichnet neben der Gesetzesmacht des Souveräns eine weitere Machttechnologie. Im Fall der Souveränität folgt auf die Straftat die Bestrafung, im Fall der Disziplin setzt eine Arbeit ein, die das Ziel hat, den Delinquenten durch Zwangsarbeit, Moralisierung- und Besserungsmaßnahmen zu transformieren. Das Sicherheitsdispositiv lässt das Ereignis der Straftat zu, rechnet mit ihr, fragt nach der mittleren Rate der Kriminalität und berechnet die Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens, bezieht Faktoren ein, die den Durchschnittskoeffizienten ändern könnten, stellt die Frage nach den Kosten der Kriminalität und wägt diese mit den Kosten der Strafverfolgung und Bestrafung ab. Die Macht operiert im Fall des Sicherheitsdispositivs nicht normativ und ausgrenzend, sondern lässt die Dinge geschehen. Sie orientiert sich an statistischen Normalitätserwartungen, die die Grenzen des Akzeptablen festlegen, und stützt sich auf ein Kalkül, das die Kosten der Machtanwendung einbezieht (GG I, 18f.). Anders also als es nahe liegen könnte, ist die Sicherheitsmacht nicht mit dem autoritären Staat oder mit Law and Order verbunden.<sup>17</sup> Sie ist liberal und lässt die Dinge laufen, so dass sich die Realität nach den »Prinzipien und den Mechanismen der Realität selbst« (GG I, 77) entwickelt.

17 | Vgl. Michel Foucault: »Zitrone und Milch«, in: S III, 874.

Was ist mit der Freiheit? In welcher Beziehung stehen Sicherheit und Freiheit? Foucaults Analysen legen nahe, dass die Sicherheit die Freiheit nicht ausschließt, sondern mit einem allgemeinen Laissez-faire verbunden ist, mit einer Dimension des Verhaltens der Individuen und sozialen Gruppen, das nicht durch Verbote und Normen festgelegt ist, sondern der Willkür der Individuen überlassen bleibt, die vielleicht als Freiheit bezeichnet werden könnte. Die Machttechnologie der Sicherheit operiert mit dieser Freiheit, da sie sich nur vollziehen kann, indem sie sich auf die Freiheit eines jeden stützt. »Und auf eine präzisere und bestimmtere Weise ist die Freiheit nur das Korrelat der Einsetzung von Sicherheitsdispositiven. Ein Sicherheitsdispositiv [...] kann nur unter eben der Bedingung gut funktionieren, daß man ihm etwas verleiht, nämlich die Freiheit im modernen Sinn.« (GG I, 78)<sup>18</sup> Aus dem Blickwinkel der Analytik der Macht ist demnach die Freiheit nicht das Andere der Sicherheit, die Freiheit wird aber auch nicht auf Sicherheit reduziert, sondern als Widerlager betrachtet; sie wird wie eine Tatsache unterstellt, die in ihren Wahrscheinlichkeiten berechnet werden kann. Es geht darum, die Zufälligkeit von Ereignissen neu zu bewerten, Häufigkeiten zu zählen, Regelmäßigkeiten festzustellen, die Werte der mittleren Normalitätskurve zu bestimmen, Wahrscheinlichkeiten zu berechnen, die Streuung der Abweichungen zu erfassen, Risiken und Risikogruppen einzuteilen, Faktoren, die auf die Normalwerte Einfluss nehmen, zu isolieren. Aus der Sicht der Analyse der Machttechnologie geht es um Ereignisse, ihre Streuung und Normalverteilung. Aber haben diese Ereignisse etwas mit Freiheit zu tun? Sollte man diese Ereignisse auf die Freiheit der Individuen zurückführen? Der normative Aspekt der Freiheit, ihre rechtliche oder moralische Dimension spielt offenkundig keine Rolle. Freiheit ist ein konstitutives Merkmal des Sicherheitsdispositivs und des sich hier bildenden Macht-Wissens. Wenn aber die Freiheit sich nicht außerhalb dieses Machtdispositivs der Sicherheit befindet, wenn sich die Sicherheit auf die Freiheit stützt, dann gibt es keinen normativen Gegensatz zwischen Sicherheit und Freiheit, auch keinen Zielkonflikt: es bedarf keiner Abwägungen, wie

---

**18 |** Foucault hat mit diesen Überlegungen den an ihn herangetragenen Forderungen entsprochen, sich zum Thema der Freiheit zu äußern. Es wurde an seinen Machtanalysen vielfach kritisiert, dass er den Widerstand nicht erklären könne, wenn er keinen Begriff von Freiheit habe. Wenn Freiheit hier schon – also nicht erst im Rahmen seiner Analyse von Selbstführungspraktiken – eingeführt wird, so ist dieser Begriff von Freiheit nicht funktionalistisch als eine Funktion von Sicherheit zu verstehen, denn das Umgekehrte könnte genauso gesagt werden. Es macht aber auch keinen Sinn anzunehmen, dass Foucault nun doch endlich den Ausgangspunkt für die normative Begründung von Freiheit gesetzt habe. Etwas suggestiv legt dies Martin Saar in seinem Überblick über die Vorlesungen zur Geschichte der Gouvernementalität nahe (vgl. Martin Saar: »Macht, Staat, Subjektivität«, in: Susanne Krasemann/Michael Volkmer (Hg.), Michel Foucaults »Geschichte der Gouvernementalität« in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge, Bielefeld: transcript 2007, S. 23-46, hier S. 38).

Freiheit und Sicherheit in eine Balance zu bringen sind. Damit verschiebt sich die Frage weg von der Freiheit und ihrem Gegensatz zur Sicherheit hin zu der Frage danach, welche Bedeutung die Konflikte zwischen der Sicherheit und der Freiheit haben und ob es mehr als Schattenspiele sind, zu denen ein normativer Begriff Anlass gibt.

Foucault kommt ausdrücklich auf dieses Thema im Rahmen seiner Vorlesung über die *Geburt der Biopolitik* zurück, die sich, wie er einräumt, weniger mit der Biopolitik als mit dem Liberalismus und dem Neoliberalismus als Formen der Gouvernamentalität befasst, und versucht zu erklären, warum die liberale Gouvernamentalität sich in diesem Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit bewegt. In der dritten Vorlesung vom 24. Januar 1979 stellt er sich die Frage, warum der Liberalismus überhaupt als Liberalismus und nicht eher als ein Naturalismus gekennzeichnet werden kann, mit anderen Worten: warum im Kontext der Sicherheit überhaupt die Frage der Freiheit auftaucht. Denn diese Regierungskunst der Sicherheit, die sich mit den Physiokraten entwickelt habe, besteht seiner Analyse zufolge darin, die Politik auf das einzustellen, was in der Gesellschaft, im Markt geschieht; es geht mehr um die Spontaneität, die innere Mechanik der Wirtschaftsprozesse als um den Respekt einer juridischen Freiheit, die den Individuen zuzuerkennen wäre und Anlass gäbe, die Macht der Politik zu begrenzen. Von einer liberalen Regierungskunst will Foucault also nicht deswegen sprechen, weil im 18. Jahrhundert ein Übergang von einer autoritären zu einer toleranten und freiheitlichen Regierung stattgefunden habe.

Gegen die Annahme eines solchen Übergangs führt Foucault zwei Argumente an. Das erste betrifft die Unmöglichkeit, den Umfang der Freiheit zu messen. »Das Ausmaß an Freiheit zwischen einem System und einem anderen zu messen hat, glaube ich, faktisch nicht viel Sinn. Und man erkennt nicht, welche Art von Beweis, welche Art von Messung oder Maß man anwenden könnte.« (GG II, 96) Das zweite Argument zielt prinzipiell auf den Begriff der Freiheit. Freiheit sei immer konkret, keine Universalie, die sich über die Zeit hinweg fortschreitend verwirkliche. »Die Freiheit ist niemals etwas anderes [...] als ein aktuelles Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten, ein Verhältnis, bei dem das Maß des ›zu wenig‹ an bestehender Freiheit durch das ›noch mehr‹ an geforderter Freiheit bestimmt wird.« (GG II, 97) Foucault bezeichnet die neue Gouvernamentalität als liberal, weil sie auf konkrete Weise Freiheit braucht und vollzieht: Freiheit des Marktes, Freiheit von Verkäufer und Käufer, freie Ausübung des Eigentumsrechts, indem sie die Bedingungen herstellt, unter denen man frei sein kann.

Die liberale Praxis droht allerdings das, was sie herstellt, auch zu begrenzen, aufzuheben und zu zerstören. Um Handelsfreiheit zu ermöglichen, bedarf es des Protektionismus, um die Hegemonie eines anderen Landes zu verhindern; damit eine Freiheit des Binnenmarktes herrscht, bedarf es einer anti-monopolistischen Gesetzgebung; damit auf dem Arbeitsmarkt Freiheit besteht, dürfen die Arbeiter über keine politischen Mittel verfügen, die ihnen erlauben würden, Druck auf ihn auszuüben. Freiheit sei im liberalen System



nichts Gegebenes, sondern müsse in jedem Augenblick hergestellt werden. »Der Liberalismus nimmt sich vor, sie in jedem Augenblick herzustellen, sie entstehen zu lassen« (GG II, 99). Aber die Herstellung der Freiheit hat einen Preis, an dem man bemisst, wie viel Freiheit akzeptabel ist. Dieser Preis ist die Sicherheit: Das kollektive Interesse muss vor den individuellen Interessen geschützt werden; und umgekehrt muss das individuelle Interesse vor den vom kollektiven Interesse ausgehenden Beeinträchtigungen geschützt werden. Sicherheitsstrategien sind die Kehrseite und Bedingung des Liberalismus. »Die Freiheit und die Sicherheit, das Wechselspiel der Freiheit und Sicherheit stehen im Zentrum jener neuen gouvernementalen Vernunft, deren allgemeine Merkmale ich Ihnen genannt habe. Freiheit und Sicherheit werden gewissermaßen von innen die Probleme dessen antreiben, was ich die Ökonomie der Macht nennen werde, die dem Liberalismus eigentümlich ist« (GG II, 100).

Wenn der Liberalismus die Bedingungen der Freiheit herstellt, dann kann er sich nicht – wie im Fall der Souveränitätsmacht – auf einen staatlichen Schutz der einzelnen durch Maßnahmen quasi von außen verlassen, er muss das Wechselspiel von Freiheit und Sicherheit beherrschen, so dass so wenige Gefahren wie möglich entstehen, die Freiheit also auf eine bestimmte Weise praktiziert wird. Dies bedeutet, in die Bedingungen der Freiheit auch Mechanismen der Sicherheit einzubauen. Der Liberalismus muss die Individuen dazu anhalten, ihr Leben, ihre Gegenwart, ihre Zukunft als etwas zu betrachten, das Gefahr mit sich bringt: Gefahren der Verbrechen oder der Krankheit. »Überall sieht man diese Aufstachelung der Angst vor der Gefahr, die gewissermaßen die Bedingung, das psychologische und innere kulturelle Korrelat des Liberalismus ist.« (GG II, 102) Diese Kultur der Angst, welche die ständige Gefahr beschwört und soviel Anlass gibt, durch Sicherheitsmaßnahmen die Bedrohung zu schaffen, die abgewehrt werden soll, nimmt selbst verschiedene Formen an. Indem der Neoliberalismus den Markt und den Wettbewerb zum regulierenden Prinzip der Gesellschaft macht, setzt er eine ganze Ontologie der Ungewissheit und positiv bewerteten Angst in Gang: keine Sicherheit, keine Vorsorge dürfe vom Staat und den kollektiven Sicherungssystemen erwartet werden, weil diese nur bequem und unfähig machten, den Kontingenzen einer sich verändernden Weltwirtschaft, den Herausforderungen des Marktes zu begegnen. Neben die Freiheit und die Kultur von Gefahr und Angst tritt die Ausweitung der Verfahren der Kontrolle und des Zwangs. Freiheit und Disziplartechniken sind vollkommen miteinander verknüpft. Das Panopticon von Bentham, also die ständige Beobachtung und Überwachung durch eine externalisierte und ihrerseits nicht beobachtbare Instanz sei »die eigentliche Formel einer liberalen Regierung« (GG II, 102).

Schließlich bilden sich Mechanismen der Kontrolle, die die Funktion haben, ein Mehr an Freiheit durch ein Mehr an Kontrolle und Intervention einzuführen. Es handelt sich dabei um eine Reaktion des Liberalismus auf die Krisendynamiken des Kapitalismus. In den 1920er Jahren wurden

eine Reihe von ökonomischen und politischen Interventionsmechanismen entwickelt, die zum Ziel hatten, die Staaten vor dem Weniger an Freiheit zu bewahren, das Sozialismus, Kommunismus, Nationalsozialismus und Faschismus mit sich bringen würden. Zum Zwecke der Abwehr von Freiheitsverlusten sollten solche Interventionen durch Beschäftigungsmaßnahmen, durch Freiheit des Konsums oder demokratische Freiheiten ein Mehr an Freiheit hervorbringen. Doch die Gefahr solcher freiheitserzeugenden Dispositive sehe der Liberalismus darin, dass sie das Gegenteil bewirkten: hohe Kosten, aufgeblähte Apparate, zu dichte Regulierungen. Aus Sicht Foucaults – er weist auf die 1973 gebildete Trilaterale Kommission hin, die maßgeblich die Diagnose der Unregierbarkeit und entsprechende neoliberale Strategien zu ihrer Bewältigung ausgearbeitet hat – gelangen die Liberalen selbstkritisch zum Ergebnis, dass ihre Versuche, durch Interventionen eine Krise zu bewältigen, selbst zu einer Krise der liberalen Regierungskunst, zu einer Krise der Gouvernamentalität geführt haben und der Freiheit ebenso abträglich seien wie die politischen Formen, die hätten abgewehrt werden sollen.<sup>19</sup>

Freiheit und Sicherheit sind beides Elemente der liberalen Regierung der Gesellschaft, die ständig von neuem angereizt, erzeugt und ausbalanciert werden müssen. Beide schreiben sich ein in die Normalitätskurven, die die liberale Regierung der Gesellschaft erzeugen, stabilisieren und erhalten will. Diese Normalitätskurven sind das Ergebnis von Ereignissen, die nicht für jeden konkreten Einzelfall, aber ihrer Häufigkeit und dem Rhythmus ihres Auftretens nach mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit erwartbar sind, sie streuen je nachdem in unterschiedlicher Weise über eine gewisse Breite, doch in ihrer Gesamtheit bilden sie einen Durchschnitt. Jedes einzelne dieser Elemente: Häufigkeit, Streubreite und Regelmäßigkeit der Ereignisse, Durchschnitt und Verlauf der Kurve kann Gegenstand der Politik werden. Die liberale Gouvernamentalität nimmt sowohl Sicherheit als auch Freiheit als natürliche Ereignisse, als Vorkommnisse, die statistisch beobachtet, deren Kosten immer neu kalkuliert, deren Folgen immer neu be-

---

**19** | Es ist interessant, dass Foucault hier zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommt, wie der marxistische Staatstheoretiker Nicos Poulantzas. Dieser hat in seinem Buch *Staatstheorie*, das 1978, zeitgleich zu Foucaults Vorlesung auf Französisch, erschien und eine ausführliche Kritik an dessen Machtanalyse entfaltete, die These vertreten, dass der kapitalistische Staat sich in einer Krise befände, nicht einer Krise, in die er gleichsam von außen hineingezogen würde, sondern in eine von seinen Interventionen verursachte Krise, eine Krise seines Krisenmanagements (vgl. Nicos Poulantzas: *Staatstheorie*, Hamburg: VSA 2002, S. 241).

Im Übrigen stellt aus Foucaults Sicht der Keynesianismus keine Alternative zum Liberalismus, sondern selbst eine Variante liberaler Krisenlösungsstrategien dar. Der Neoliberalismus ist eine Strategie, die auf diese Art der Krisenlösung reagiert, weil sie die von Foucault skizzierten Befürchtungen hegt: eine Beseitigung von Markt und Wettbewerb als Prinzipien der gesellschaftlichen Reorganisation.

wertet werden müssen. Was aus der Innensicht des Diskurses der Freiheit wie eine Verteidigung der Norm der Freiheit oder eine Ausdehnung, vielleicht sogar teleologische Dynamik ihrer Durchsetzung erscheinen mag, stellt sich in der Analyse des Regierungsdispositivs der Sicherheit anders dar. Jener Freiheitsdiskurs ist überhaupt nicht zwecklos und unnötig, im Gegenteil muss über die Freiheit gesprochen, sie muss angereizt und erzeugt werden, um Ereignisse und ihre Serialität hervorzurufen. Damit erweist sich der Diskurs der Freiheit als Teil einer komplexen Praxis der Regierungskunst, die Serien von Ereignissen hervorruft, ihre Häufigkeit erfasst und bewertet sowie als Regelmäßigkeiten innerhalb eines Normalitätskorridors kontrolliert und lenkt. Dieser Diskurs tendiert offenkundig zu Euphemismen einer optimistischen Erwartung seiner Verwirklichung. Doch übersieht er, dass er intern verbunden ist mit der Sicherheit, die ihrerseits aus Praktiken mit statistischen Häufigkeiten, Streuungen, Verteilungen und Regelmäßigkeiten besteht. Beide, Sicherheit und Freiheit, reizen einander wechselseitig an, verstärken und korrigieren sich in einer Normalisierungspraxis, sie erzeugen die durchschnittliche Linie einer sich ständig ändernden und verschiebenden Normalverteilung – die in ihrer Dynamik der Veränderung selbst durch alle Schwankungen hindurch eine Normalitätskurve bildet.<sup>20</sup> Der Liberalismus erweist sich auf diese Weise als eine Regierungskunst, welche die Gesellschaft mittels des Gesetzes der großen Zahl regiert.

**20** | Judith Butler argumentiert in ihrem Buch *Gefährdetes Leben*, dass im Kampf gegen den Terror mit dem Rückgriff auf gouvernementale Machtstrategien der Versuch unternommen werde, die Souveränitätsmacht zu stärken. (Judith Butler: *Gefährdetes Leben. Politische Essays*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2005). Sie legt nahe, dass Sicherheit der Souveränitätsmacht und Freiheit der gouvernementalen Macht zuzurechnen sei. Mit den Mitteln der Gouvernamentalität sei es möglich, den Rechtsstaat zu dispensieren, um mit dem Ausnahmezustand zu regieren. Wenn Freiheit und Sicherheit Elemente einer einzigen Machttechnologie sind, der Gouvernamentalität, dann geht es aber nicht um den Übergang in den Ausnahmezustand. Dies ist einer der wichtigen Aspekte von Foucaults Analyse. Die Linke stand immer wieder vor dem Problem, autoritäre Dynamiken des bürgerlichen Staates in den klassischen Begriffen des Ausnahmezustands, der Faschisierung, des Totalitarismus zu denken. Indem Foucault den Begriff der Gouvernamentalität und die Sicherheitsdispositive ins Spiel bringt, kann er – durchaus auch selbstkritisch gemeint – deutlich machen, dass die Sicherheit, die über dem Gesetz steht, kein finaler Zustand, keine Teleologie bürgerlicher Herrschaft ist, sondern eine Art und Weise des Regierens, die immer mit der Freiheit zusammenhängt und in dieser ihr Korrektiv findet. Das ist weniger beruhigend, als es klingen mag. Denn die Schwankungen statistischer Normalverteilung bedeuten ja, dass es immer einzelne, viele einzelne geben wird, die für die Normalisierung geopfert werden. Umgekehrt werden auch diejenigen, die im Namen der Freiheit sprechen, immer wieder damit zu tun haben, dass sie die Intervention der Sicherheit vorbereiten und sich von ihr korrigieren lassen müssen.

### 3. Schlussfolgerungen

Foucaults Überlegungen zum Verhältnis von Sicherheit und Freiheit erweisen sich als eine originelle Betrachtung des liberalen Dilemmas. Dieses besteht darin, in einem unglücklichen Bewusstsein zwischen der Freiheit und der Sicherheit hin- und herzuschwanken. Der Sicherheit kommt dabei offenkundig ein leichtes Übergewicht zu. Insgesamt erlaubt die liberale Problematik Prognosen von der Art, dass die Freiheit zunehmen und die Sicherheit zurückdrängen, oder dass umgekehrt die Sicherheit, der Ausnahmezustand, der autoritäre Staat die Überhand gewinnen würde. Auch Foucault scheint an manchen Stellen vom Ausnahmezustand her zu denken und die Ansicht zu vertreten, dass unter liberalen Bedingungen diese Tendenz zur Sicherheit übermächtig wird und sich über das Gesetz stellt, das die Freiheit garantiert. In seinen ausführlichen Analysen zur Entstehung der liberalen Regierungskunst macht er hingegen deutlich, dass Sicherheit und Freiheit keineswegs derart polar angeordnet sind, dass sie einander äußerlich in einen Zielkonflikt geraten können; vielmehr erweisen sie sich beide als Elemente einer einzigen Regierungstechnologie, die durch ein Mehr an Sicherheit Freiheit erzeugt, und die sich auf die Ereignishaftigkeit der Freiheit stützt, um eine zukunftsichernde, langfristige Form der Regierung der Gesellschaft zu gewährleisten.

Was sich also aus der Binnensicht der diskursiven Praxis wie ein Gegensatz von Freiheit versus Sicherheit ausnimmt, ist aus der Perspektive einer Analyse der Macht ein Prozess der Feinabstimmung. Die Freiheiten müssen angereizt werden, aber doch in einer Weise, dass sie innerhalb eines Korridors von Normalverteilungen bleiben – dazu dient eine Politik der Sicherheit; umgekehrt würde Letztere, wäre sie wirklich dominant, gerade die Streubreite derart verringern, dass aus einer Normalitätskurve eine Normalitätsgerade würde. Eine derartige Homogenisierung, ein derartiger Konformismus wird in der liberalen Perspektive mit Statik und tendenziell mit Totalitarismus gleichgesetzt. Das hat nicht nur historische Gründe, die im Kampf des Bürgertums gegen den Absolutismus, sondern mehr noch Gründe, die in der Dynamik kapitalistischer Märkte liegen: Würde sich Sicherheit derart unilinear durchsetzen, dann liefe das darauf hinaus, dass sich allein die Freiheit einer bestimmten Interessensgruppe behaupten würde. Alle anderen bürgerlichen Gruppen wären mit Wettbewerbsnachteilen am Markt konfrontiert oder müssten Steuern zahlen, ohne Gegenleistungen zu erhalten. Deswegen verlangt die Freiheit nicht nur eine Beschränkung der Sicherheit, sondern auch eine Anreizung der Freiheit. Dabei handelt es sich also selbst um eine Normalitätskurve – mit allerdings manchmal heftigen Ausschlägen nach unten und oben: dem autoritären Staat oder den Revolten. Ohne dass es einen ›weltlichen Vatikan‹ gäbe, der die Normalitätsentwicklung lenken würde, gibt es doch zahlreiche Instanzen und Institutionen, die sich um die Regulierung des Verlaufs dieser globalen Normalitätskurve bemühen. Foucault nennt die Trilaterale Kommission, es gibt andere: die G8-Treffen, den UNO-Sicherheitsrat,

die Nato und ihre jährliche Sicherheitskonferenz, die internationale Vernetzung der Geheimdienste, die jährlichen Treffen von Wirtschaftsführern und Politikern in Davos, die OECD-Statistikabteilungen und staatlichen Statistikbehörden, die Markt- und Meinungsforschungsinstitute, die Ratingagenturen und Unternehmensberatungen und viele weitere staatliche, parastaatliche und zivilgesellschaftliche Zusammenhänge. Sie alle lenken nicht die Vielzahl der Einzelereignisse – das wäre eine wahnhafte Sicherheitsmentalität –, aber sie bemühen sich, dass die Ereignisse nicht zu weit streuen und die Normalitätskurve durch die Schwankungen hindurch als solche Bestand hat – mit anderen Worten, dass für diese Form der Macht- und Herrschaftsausübung Erwartungssicherheit besteht.

Es lässt sich fragen, ob die Dynamik von Freiheit und Sicherheit beide nicht doch auch immer wieder zwangsläufig soweit auseinander treten lässt, dass sie auf eine organische Krise der liberalen Regierungskunst hinweisen. Dies würde bedeuten, dass es zu einer Denormalisierung, einer Krise der Normalverteilungen kommt: Volatilität der Märkte, Unvorhersehbarkeit der Konsumentennachfrage, Unberechenbarkeit der Wähler, Krise der Erziehung, Krise der Familie und der Geschlechterverhältnisse, Klimakatastrophe, Terrorismus – also zahlreiche beschworene Phänomene, die sich in einer Weise verdichten, dass sie sich nicht länger als Risiken kalkulieren, dass Wahrscheinlichkeiten sich nicht mehr mit der gewohnten Sicherheit erwarten lassen. Die kapitalistische Gesellschaftsformation kann jedoch nur dann fortexistieren, wenn sie eine Normalisierungsgesellschaft ist, in der sich viele kleine und größere Abweichungen, Störungen, Turbulenzen zu einem idealen Durchschnitt ausgleichen. Sie gerät also in eine Krise, wenn sich dieser Durchschnitt nicht wiederum in einem wahrscheinlichen Zeitraum, einem durchschnittlichen Zeitrhythmus herstellt. Es spricht jedoch einiges dafür, dass der Neoliberalismus – auf dessen Reaktualisierung Foucault so zeitgemäß reagierte – nach einer kritischen Überprüfung seiner Interventionsinstrumente gerade von dem strategischen Ziel einer Herstellung und Regulierung stabiler Durchschnitte abgertückt ist, also die Modalitäten der Normalitätskurve selbst verschieben will. Es handelt sich um eine neue Form der Regierung des Staates, die diesen, um seine Regierbarkeit wieder herzustellen, aus vielen Verantwortlichkeiten (im Bereich der öffentlichen Infrastrukturen, der sozialen Sicherung, der technischen Entwicklungen) herauszieht. Es werden gleichzeitig solche staatlichen Interventionen forciert, die ein neues Maß an Freiheit erzeugen sollen, also den Individuen positive und negative Anreize geben, auf sich gestellt die eigene Freiheit zu optimieren und zu vergrößern. Regiert wird mit der Kontingenz der Freiheit.<sup>21</sup> Die zwangsläufige Folge dieses Regierens mit der Freiheit ist – dies ergibt sich aus Foucaults Analyse des Sicherheitsdispositivs – eine Reaktion, die nach einem Mehr an Sicherheit verlangt.

---

**21** | Vgl. Alex Demirović: »Herrschaft durch Kontingenz«, in: Hans-Jürgen Biehl u.a. (Hg.), *Flexibler Kapitalismus. Analysen – Kritik – Politische Praxis*, Hamburg: VSA 2001, S. 208-224.

## Literatur

- Butler, Judith: Gefährdetes Leben. Politische Essays, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2005.
- Dahrendorf, Ralf: »Bewegungsfreiheit. Anmerkungen zur Diskussion über Freiheit und Sicherheit«, in: Neue Zürcher Zeitung vom 18./19. August 2007, S. 45.
- Davis, Angela: Eine Gesellschaft ohne Gefängnisse? Der gefängnisindustrielle Komplex der USA, Berlin: Schwarzerfreitag Publishing 2004.
- Demirović, Alex: »Herrschaft durch Kontingenz«, in: Hans-Jürgen Bieling u.a. (Hg.), Flexibler Kapitalismus. Analysen – Kritik – Politische Praxis, Hamburg: VSA 2001, S. 208-224.
- Foucault, Michel: »Von nun an steht die Sicherheit über den Gesetzen«, in: S III, 474-477.
- : »Michel Foucault: die Sicherheit und der Staat«, in: S III, 495-502.
- : »Folter ist Vernunft«, in: S III, 505-514.
- : »Zitrone und Milch«, in: S III, 870-874.
- : »Die Maschen der Macht«, in: S IV, 238-239.
- Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1981.
- Hobbes, Thomas: Leviathan, Darmstadt, Neuwied: Luchterhand 1966.
- Locke, John: »Abhandlung über den Staat«, in: Ders., Bürgerliche Gesellschaft und Staatsgewalt. Sozialphilosophische Schriften, hg. von Hermann Klenner, Berlin: das europäische buch 1986, S. 96-268.
- Marx, Karl: »Zur Judenfrage«, in: Marx-Engels-Werke, Berlin: Dietz 1972, Bd. 1, S. 347-372.
- Poulantzas, Nicos: Staatstheorie, Hamburg: VSA 2002.
- Saar, Martin: »Macht, Staat, Subjektivität«, in: Susanne Krasmann/Michael Volkmer (Hg.), Michel Foucaults »Geschichte der Gouvernementalität« in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge, Bielefeld: transcript 2007, S. 23-46.
- Wacquant, Loïc: »Die Wissenschaftsmythen des einheitlichen Sicherheitsdiskurses«, in: Uwe Bittlingmayer/Ulrich Bauer (Hg.), Die »Wissensgesellschaft«. Mythen, Ideologie oder Realität?, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2006, S. 615-633.
- : »Bestrafung, Entpolitisierung, rassistische Einordnung. Die Inhaftierung von Immigrant\*innen in der EU«, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 143 (2006), S. 203-222.